

## Der Kopf allein genügt nicht

Die Freistellung von Anders Bally als CEO der Bank Radicant wird gelobt. Die Baselbieter Politik fordert aber mehr.

Michael Nittrau

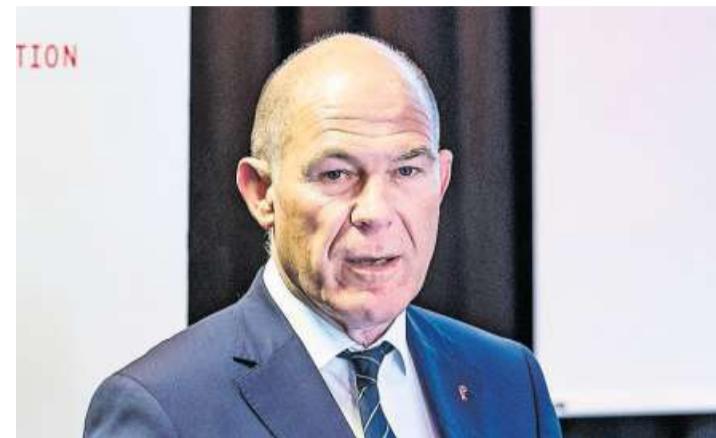
Anders Bally hatte die öffentliche Kritik am Investment der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB) in seine Radicant Bank als «Shitstorm» abgetan. Den Kopf gekostet hat ihn nun aber das Schreiben an seine Mitarbeiter. Darin hatte er Baselland als nicht urban und klein betitelt und «vor allem den älteren Politikern» vorgehalten, moderne Bankkonzepte nicht zu verstehen. Am Mittwochabend teilte die BLKB mit, den CEO ihrer Tochtergesellschaft sofort freigestellt zu haben, dies wegen eines «unterschiedlichen Führungs- und Kommunikationsverständnisses».

Noch am selben Abend nahm Finanzdirektor Anton Lauber auf Anfrage der bz kein Blatt vor den Mund: «E-Mails solchen Inhalts sind schlicht nicht tolerierbar, nicht von einer Privatperson und schon gar nicht von einem CEO der Radicant Bank AG.» Die Vermutung liegt nahe, dass Lauber, der noch bis Ende Juni Bankrats-Mitglied der BLKB ist, wesentlichen Einfluss auf die Entscheidung hatte, Bally freizustellen.

### Heisse Debatte im Landrat erwartet

Lauber war sich bewusst, dass das Verhalten des Radicant-Chefs auch auf den Ruf der BLKB und des Kantons als Hauptaktionär abfärbt, wie er selbst sagt. Er meint: «Die BLKB hat in der Vergangenheit bewiesen, dass sie sich der politischen Diskussion im Landrat, mit der Finanzkommission und auch in der Öffentlichkeit stellt.»

Das wird die BLKB nun erneut tun müssen. Am 16. März wird im Landrat der Vorstoss von SVP-Fraktionschef Peter Riebli behandelt, in dem er die strategischen Initiativen der BLKB hinterfragt, insbesondere das Engagement bei der Neu-Bank Radicant, die auf Ende März ihren Markteintritt plant. Zur bz sagt Riebli: «Dass so schnell und konsequent auf die absolut untrag-



Klare Worte: Finanzdirektor Anton Lauber (Die Mitte). Bild: ken



Fordert Transparenz: SVP-Fraktionschef Peter Riebli. Bild: niz



Bleibt im Fokus: die BLKB von CEO John Häfelfinger. Bild: ken



Musste gehen: Ex-Radicant-Chef Anders Bally. Bild: zvg

baren Äusserungen des CEO reagiert wurde, schätzt ich. Aber mit Ballys Abgang sind meine Fragen zur BLKB und zu Radicant in keiner Weise obsolet.»

**«Ich verlange endlich Transparenz, wofür die 70 Millionen Franken, welche die BLKB bereits in Radicant investiert hat, gebraucht wurden.»**

**Peter Riebli**  
Fraktionschef der SVP

Die Interpellationsantwort befriedigt Riebli nicht. Die Wirren bei Radicant bestärken ihn in seinen Forderungen: «Ich verlange endlich Transparenz, wofür die 70 Millionen Franken, welche die BLKB bereits in Radicant investiert hat, genau gebraucht wurden. Ich will einen Business- und einen Zeitplan sehen, wann der Break-even erreicht werden soll. Ich habe grosse Zweifel, dass dies gelingt.»

### Ist die Staatsgarantie noch zeitgemäß?

Riebli kündigt an, nach der Debatte vom 16. März mit weiteren Vorstossen Druck zu machen. Letztlich wolle er das Risiko einschätzen können, das die BLKB mit ihren Investitionen eingeht. Der SVP-Landrat weist darauf hin, dass die Bilanzsumme der Kantonalbank in den vergange-

nen Jahren stark gestiegen sei, die Gewinne aber nicht entsprechend. Dazu sei viel Personal aufgebaut worden. Für Riebli eine gefährliche Entwicklung.

Bereits am 8. März wird sich die landrätliche Finanzkommission (Fiko) an ihrer nächsten Sitzung eingehend mit der BLKB und Radicant beschäftigen. Dies bestätigt Fiko-Präsidentin Laura Graziali. Dieser Fokus sei aber schon vor der Freistellung Ballys gesetzt worden, die Graziali als «einzig richtige und konsequente Entscheidung» bezeichnet. Die Fiko hat die Oberaufsicht über die BLKB. Ob es sogar einen Kommissionsvorstoss geben wird, sei grundsätzlich denkbar, aber bisher nicht Thema gewesen.

Einen Schritt weiter in seiner Analyse geht FDP-Landrat und Fiko-Vizepräsident Stefan De-

gen: «Ich finde es richtig, dass man sich von so einem Mann trennt. Aber das ist nur ein kleines Detail im grossen Ganzen. Sein Schreiben zeigt, dass sich die moderne Bankenwelt immer mehr von der Politik entfremdet.» Degen stellt grundsätzlich infrage, dass der Kanton noch Haupteigner einer Bank ist. Und dass er eine Staatsgarantie abgibt zu etwas, auf das er zunehmend weniger Einfluss hat.

Er überlegt sich deshalb, einen Vorstoss einzureichen, der die Privatisierung der BLKB zum Ziel hat. Denn: «Es gibt nur zwei Lösungen: Entweder den Verkauf oder aber die Politik schränkt die BLKB und die Radicant über das Kantonalbankgesetz in ihren Möglichkeiten ein. Damit würde man aber deren Entwicklung behindern.» Daher forciert Degen Erstes.

## GLP und EVP hätten von neuem Wahlsystem profitiert

Kleinparteien hätten bei den Landratswahlen stark zugelegt, wenn im Baselbiet schon das neue Wahlrecht gälte.

Dimitri Hofer

Die Freude bei den Baselbieter Grünlberalen ist angesichts der drei hinzugewonnenen Sitze bei den Landratswahlen vor zwei Wochen gross. Noch euphorischer wäre der Jubel jedoch ausgefallen, hätte der Kanton Basel-Land die anstehende Wahlrechtsreform bereits umgesetzt. Dann hätte die GLP ihre Anzahl Sitze im Baselbieter Parlament nämlich von drei auf gleich acht Sitze erhöhen können.

Bei einem Wechsel des Wahlsystems wären die Grünlberalen damit die noch grösseren Sieger der Landratswahlen gewesen. Die EVP könnte sich derweil nicht nur über den Einzug von Thomi Jourdan in den

Regierungsrat, sondern auch über einen zusätzlichen Sitz im Landrat freuen. Katzenjammer herrschte hingegen bei den Grünen, der SVP und der FDP, die im Vergleich zu den Resultaten der effektiven Landratswahlen einen Sitz verloren hätten.

Davon ausgehen, dass seine Partei einen Sitz einbüsst, konnte Stefan Degen nicht, als er die Sitzanzahl ausgerechnet hat. Der FDP-Landrat publizierte am Donnerstag auf seiner Website und auf Twitter eine Berechnung der Landratssitze gemäss dem neuen Wahlsystem. Der Baselbieter Regierungsrat erarbeitet derzeit im Auftrag des Landrats eine Reform des Wahlrechts für die Landratswahlen. Ab den Wahlen 2027 soll im Ba-

### Reform bereits vor Panne in die Wege geleitet

Degen wandte die umgangssprachlich «doppelter Pukelsheim» genannte Methode nun bereits an. «Als Wirtschaftsprüfer bin ich es gewohnt, mit Berechnungsformeln zu arbeiten», sagt er. Bei der Berechnung der Sitze nach dem neuen System habe er sich an schon vorhandenen Rechenbeispielen aus anderen Kantonen orientiert.

Der Doppelproporz ist in eine Ober- und in eine Unterzu-

teilung gegliedert. In der Oberzuteilung werden die 90 Sitze im Landrat anhand des gesamtkantonalen Stimmenanteils an die Parteien vergeben. Bei der Unterzuteilung wird festgelegt, in welchen der zwölf Baselbieter Wahlkreise diese Sitze realisiert werden.

Im Baselbiet herrscht bis heute ein hochkomplexes Wahlsystem, bei dem die Wahlkreise auf vier Wahlregionen verteilt sind. Die dadurch möglichen Sitzsprünge innerhalb der Wahlregionen sorgten bei den Landratswahlen am vorletzten Sonntag für eine ausgewachsene Panne: Durch Berechnungsfehler waren zwei Sitze den falschen Personen aus unterschiedlichen Wahlkreisen zugesprochen wor-

den. Wenige Tage nach der Wahl musste die Landeskanzlei die Resultate korrigieren und sich bei den Betroffenen entschuldigen.

Das geplante neue System ist weniger kompliziert und einfacher zu berechnen. Der ehemalige Grünen-Landrat Klaus Kirchmayr hatte mit einem Verfahrenspostulat die Wahlrechtsreform im Baselbiet 2019 ins Rollen gebracht. Auf Anfrage hat sich der Aescher die Berechnungen von Stefan Degen angesehen und für korrekt befunden. Für Kirchmayr ist klar: «Der Doppelproporz bildet den Proporz sowohl auf kantonaler Ebene als auch in den Wahlkreisen deutlich gerechter und auch nachvollziehbar ab.»

### Kanton bezahlt pro Person 550 Franken

**Covid-Entschädigung** Der Kanton Basel-Stadt spricht insgesamt 4,87 Millionen Franken, um Bewohnerinnen und Bewohnern mit Einkommensrückgang während der Pandemie unter die Arme zu greifen. Die Entschädigung fußt auf einem parlamentarischen Vorstoss, den der Grosser Rat im Oktober 2022 gutheissen hat. Darin war eine «finanzielle Unterstützung für Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen» gefordert worden. 550 Franken sollen alle Personen einmalig als Corona-Entschädigung erhalten, die am Stichtag 29. Dezember 2022 in Basel-Stadt wohnhaft waren, Prämienverbilligung bezogen und zwischen 2019 und 2020 mindestens fünf Prozent weniger Einkommen hatten.

Für die Berechnung des Anspruchs ausschlaggebend sind laut Mitteilung des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) die Steuerveranlagungen der Jahre 2019 und 2020. Der Kanton schätzt, dass rund 8650 Personen die Entschädigung erhalten werden. Budgetiert sind insgesamt 4,87 Millionen Franken. Alle Anspruchsberechtigten werden ab kommender Woche vom Amt für Sozialbeiträge angeschrieben und über den Anspruch informiert, beantragen müssen diese das Geld aber selber. (bz)

### Nachrichten

#### Sportamt lädt zum Schwitzen ein

**Baselland** Im März startet die «Sport am Tag»-Challenge des Baselbieter Sportamtes. 14 beschwerte Strecken im Baselbiet können nach kostenloser Registrierung und zu einem beliebigen Zeitpunkt laufend, walkend oder mit dem Fahrrad absolviert werden. Bis im Oktober werden jeden Monat neue Herausforderungen formuliert, an der alle teilnehmen können. Ehrgeizige können sich untereinander vergleichen und jeden Monat einen Preis gewinnen. (bz)

#### Totalsperrung bis Ende März

**Roggensburg** Wegen Holzereiarbeiten an den Schutzwäldern oberhalb der Fahrbahn muss die Ederswilerstrasse in Roggenburg zwischen Neumühle und Ederswiler vom Montag, 20., bis Freitag, 31. März, jeweils wochentags zwischen 7.30 Uhr und 16.30 Uhr, komplett gesperrt werden. Umleitungen werden signalisiert. Auch danach muss bis zum 14. April noch mit Verkehrsbehinderungen und Wartezeiten gerechnet werden. (bz)

#### Festnahme nach «Schocktelefon»

**Betrug** Der Basler Polizei ging am vergangenen Mittwoch ein mutmasslicher Betrüger ins Netz. Er wird verdächtigt, ein sogenanntes «Schocktelefon» getägt zu haben, bei dem er sich als Polizist ausgab. Wie die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt mitteilt, ist der Verhaftete 67 Jahre alt und polnischer Staatsangehöriger. (bz)